

Veränderungen der Schwerpunkte in der französischen Baltikumpolitik 1918–1927

VON KALERVO HOVI

Die Vereinigung Deutschlands 1871 hatte einen schweren Schlag für die sicherheitspolitische Lage Frankreichs bedeutet.¹ Als führende Macht auf dem europäischen Festland war es bis dahin nur mit längerfristigen, vereinigten Anstrengungen anderer Staaten zu besiegen gewesen. Nun war in seiner unmittelbaren Nähe ein neuer, feindlich gesinnter Staat entstanden, der schon auf sich gestellt mächtiger war als Frankreich selbst. Damit löste sich die gesamte Grundlage des bisherigen sicherheitspolitischen Denkens gleichsam in Luft auf. Hinzu kam noch, dass Deutschland seine Übermacht mit allen möglichen Mitteln ständig vergrößerte. Obwohl es Frankreich mit großen Anstrengungen gelang, diese Übermacht im Laufe der Zeit zu verringern und schließlich auch Verbündete fand – was zumindest scheinbar seinen Rückstand auf Deutschland wiedergutmachte –, zermürbte die längerfristige Unterlegenheit die Stimmung im Lande. Selbst nachdem Frankreich mit Hilfe der Alliierten den Ersten Weltkrieg gewonnen hatte, entwickelten die Franzosen keineswegs eine Siegermentalität. Immer noch fürchteten sie sich vor Deutschland und blickten mit Schrecken auf eine womöglich in der Zukunft von ihm ausgehende Gefahr, weshalb sie mit allen Mitteln versuchten, zusätzliche Garantien für die eigene Sicherheit zu erlangen. Zu diesem Zweck war Frankreich bereit, auch die kleinsten Möglichkeiten auszunutzen.

¹ Die folgenden Abschnitte über das deutsche Problem und die Gefahr seitens Sowjet-Russlands beruhen auf meiner Dissertation: KALERVO HOVI: *Cordon sanitaire or barrière de l'est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy, 1917–1919*, Turku 1975 (*Annales Universitatis Turkuensis*, B 135) sowie auf deren Fortsetzung DERS.: *Alliance de revers. Stabilization of France's Alliance politics in East Central Europe, 1919–1921*, Turku 1984 (*Annales Universitatis Turkuensis*, B 163). Eine zeitlich längere Periode wird behandelt in DERS.: *Security before Disarmament or Hegemony? The French Alliance Policy 1917–1927*, in: *The Quest for Stability. Problems of West European Security 1918–1957*, hrsg. von ROLF AHMANN, ADOLF M. BIRKE, MICHAEL HOWARD, Oxford 1993, S. 115–126; siehe schließlich auch noch DERS.: *Tulevaisuuden vanki. Ranskan varautuminen Saksan hyökkäykseen 1870–1940* [Gefangener der Zukunft. Die Vorbereitungen Frankreichs auf einen deutschen Angriff 1870–1940], in: *Futura* 2003, Nr. 2, S. 27–34.

Die bolschewistische Revolution in Russland brachte in dieser Hinsicht keine wesentlichen Änderungen. Größer als die mögliche ideologische Gefahr empfand man die drohende Aussicht, dass Deutschland die sowjet-russischen Ressourcen für seine Zwecke einsetzen könnte. Das schlimmste Szenario ließ befürchten, dass aufgrund einer Kooperation zwischen Deutschland und Sowjet-Russland das Reich aus seiner Niederlage noch mächtiger als zuvor emporsteigen könnte. So waren alle Schritte Frankreichs gegenüber Russland von der antizipierten deutschen Gefahr überschattet. Betrachtet man die französische Politik gegenüber Sowjet-Russland aus dem Blickwinkel des Antibolschewismus, findet man einige Widersprüche. Aus der Perspektive der deutschen Gefahr wiederum lösen sich alle problematischen Fragen wie von selbst.

Die Geschichte der Russischen Revolution steckt voller Widersprüche. Einer der erstaunlicheren unter ihnen ist das französische Hilfsangebot an die sowjetische Regierung im Februar 1918. Nachdem Kriegskommissar Lev Trockij die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk abgebrochen hatte, bot die französische Regierung den Sowjets jedwede Hilfe an, unter der Bedingung, dass der Krieg gegen Deutschland fortgesetzt werde. Dies geschah zudem genau in dem Moment, als die bolschewistische Regierung mit ihrer Nationalisierungspolitik anfang, von der die französische Investitions- und Handelsaktivität besonders hart getroffen wurde. Die große französische Militärmission half nach dem Abschluss des Friedens von Brest-Litowsk weiter beim Aufbau der Roten Armee und beendete ihr Engagement erst, als das Verbot alle Offiziere erreicht hatte.²

Auch die Extremmaßnahme der militärischen Intervention erklärt sich eher durch die Angst vor Deutschland als durch das Problem des Bolschewismus. Zum Jahreswechsel 1918/19 war das Baltikum die einzige Region, in der die Rote Armee Richtung Westen vorrückte. Wenn die französische Regierung sich also tatsächlich Sorgen um die Verbreitung des Bolschewismus gemacht hätte, dann wäre eine Intervention im Baltikum ein adäquates Mittel gewesen. Premierminister Georges Clemenceau jedoch verbot eine solche Expedition, da er sie explizit als zu gefährlich ansah und meinte, sie würde den französischen Interessen widersprechen.³ Gemeinsam mit den anderen Großmächten griff man hingegen an der ukrainischen Schwarzmeerküste mit starken Kräften ein. Dabei wurde kein Versuch unternommen, nach Moskau zu marschieren, um die sowjetische Regierung zu stürzen, auch lagen zwischen den Franzosen und der Roten Armee die weiße russische Freiwilligen-

² Siehe näher Hovi, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 89-93.

³ Clemenceaus Antwort auf eine Anfrage Balfours, 3.12.1918; Pichon an Balfour, 19.12.1918. Archives du Ministère des Affaires Etrangères (künftig: AMAE), Paris. Série Europe 1918-1940, Russie 271; dasselbe auch in einem Memorandum des Ministeriums „Situation en Esthonie et Lettonie“, 18.1.1918. AMAE, Esthonie 2.

armee, ukrainische Truppen und die Deutschen. Dass die Ukraine mit-
samt ihren natürlichen Reichtümern in deutsche Hände fiel, erschien als
die entscheidende Gefahr – dies geht nicht nur aus den Instruktionen
hervor, die der Interventionsarmee mitgegeben worden waren, sondern
entsprach auch der realen Situation. Als die Deutschen im März 1919
ihre letzten Truppen aus der Ukraine abzogen, beendete auch Frankreich
Anfang April seine Intervention.⁴

Im Frühjahr 1918 schien ganz Osteuropa unter deutscher Herrschaft
zu stehen. Eine Ausnahme stellte hier der Widerstand der estnischen
Unabhängigkeitsbewegung dar. Estland hatte sich am 24. Februar 1918,
einen Tag vor dem Einmarsch der deutschen Truppen, für unabhängig
erklärt.⁵ Die Unbeugsamkeit der deutschen Militärverwaltung verstärkte
die traditionelle antideutsche Gesinnung der Esten nur. Schon vor der
Unabhängigkeitserklärung hatte sich der Estnische Landesrat (*Eesti
Maanõukogu*) Ende 1917 zum Träger der höchsten Gewalt erklärt und
trotz seiner Auflösung durch die Bolschewiki seine Tätigkeit im Unter-
grund fortgesetzt. Es gelang den Esten, eine Auslandsdelegation aufzu-
stellen, um die Welt von den estnischen Unabhängigkeitsbemühungen
zu informieren. Gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für die Wahl zu
einer Estnischen Verfassunggebenden Versammlung Ende Januar 1918,
die aber in dem Moment von den Bolschewiki sistiert wurde, als sich
abzeichnete, dass sie keine Mehrheit erhalten würden.⁶

Die Mitglieder der Auslandsdelegation brachen dennoch auf und
informierten die Vertreter der Entente-Staaten von St. Petersburg aus
über ihre Ziele. In einem Ende Januar 1918 verfassten Telegramm an den
Quai d'Orsay vertrat der französische Botschafter in Stockholm Eugène
Thiébaud die Auffassung, dass es von Nutzen sein könne, mit der Est-
nischen Verfassunggebenden Versammlung gleich nach deren Eröffnung
Beziehungen anzuknüpfen. So könnte Frankreich versuchen, Deutsch-
land auf dieselbe Weise zu „überholen“, wie Berlin es bei der Anerken-
nung Finnlands probiert habe. Dieser Schritt würde Frankreich zudem
Sympathie und Einfluss in Estland sichern. Als der Leiter der estnischen
Auslandsdelegation Jaan Tõnisson – noch vor seinen Kollegen – in Stock-
holm angekommen war, hatte er die Vertreter der Entente darüber infor-
miert, dass Estland in Verbindung mit einem deutschen Angriff plane,
unverzüglich seine Unabhängigkeit zu deklarieren und eine Verfassung-
gebende Versammlung einzuberufen. Die Anerkennung der Unabhän-

⁴ Siehe näher HOVI, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 147-152, 188-189.

⁵ Siehe AGO PAJUR: *Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests 1918*,
in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 1 (2006), S. 136-163. (Anm. der Re-
daktion.)

⁶ Zuletzt in deutscher Sprache hierzu KARSTEN BRÜGGEMANN: *Die Gründung der
Republik Estland und das Ende des „Einen und unteilbaren Rußland“*. Die Pe-
trograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918-1920, Wiesbaden 2002 (For-
schungen zur Geschichte des Ostseeraums, 6), S. 64-67. (Anm. der Redaktion.)

gigkeit durch die Staaten der Entente, so Tönisson weiter, würde den Widerstand gegen die Deutschen in jedem Fall stärken.

Thiébaut unterstützte Tönissons Bitte am 23. Februar, und drei Tage später entschied die französische Regierung, die Unabhängigkeit Estlands *de facto* anzuerkennen. Die Anerkennung wurde auf den 1. März 1918 datiert und drei Wochen später folgte Großbritannien dem Vorbild Frankreichs. Der Begriff der De-facto-Anerkennung war während des Ersten Weltkrieges eingeführt worden. Er sollte helfen, das Objekt der Anerkennung zu ermutigen, ohne sich selbst durch endgültige Entscheidungen zu binden. Da die russische Frage immer noch offen war, wurde im Falle der russischen Randgebiete ihre endgültige De-jure-Anerkennung verschoben, bis eine zukünftige Friedenskonferenz das Schicksal Russlands würde entschieden haben.

Diese diplomatische Ermutigung enthielt jedoch eine Einschränkung, die in der früheren estnischen Forschung für Verwirrung und in der sowjet-estnischen Forschung für reichlich Schadenfreude gesorgt hat. Mit der Verfassunggebenden Versammlung erkannte Paris eine Institution an, die zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit hatte, tatsächlich zusammenzutreten. Es handelte sich dabei allerdings keineswegs um einen absichtlichen Fehler, geschweige denn um eine List der Kapitalisten. Nach den ihr zur Verfügung stehenden Informationen hatte die französische Regierung allen Grund anzunehmen, dass eine estnische Verfassunggebende Versammlung bald zusammentreten und ihre Anerkennung die Esten in der gewünschten Weise zum antideutschen Widerstand ermutigen werde.

Auch die anderen nach Westen entsandten Mitglieder der Auslandsdelegation kamen im März in Stockholm an und setzten von dort aus ihre Reise in ihre jeweiligen Zielorte fort. Anfang April begab sich Ants Piip nach London und Kaarel Robert Pusta nach Paris. Der Widerstand der Esten unterschied sich deutlich von den anderen, eher pro-deutsch gesinnten Völkern Osteuropas. Deshalb erteilten die Entente-Regierungen Estland eine wiederholte De facto-Anerkennung: Großbritannien am 3. und Frankreich am 13. Mai 1918. Diesmal war die zum Widerstand ermutigende Geste an den Estnischen Landesrat gerichtet. Piip und Pusta hatten zwar in der Tat ihre Vollmachten noch von Landesrat erhalten, doch war seine öffentliche Wirksamkeit bereits im November 1917 von den Bolschewiki gewaltsam beendet worden. Von Bedeutung war hier jedoch der Wille in Paris und London, mithilfe einer Anerkennung der Institution, die das Land ja in den Staaten der Entente vertrat, den estnischen Widerstand zu ermuntern.⁷

Im November 1918 erkannte Paris Estland erneut *de facto* an; diesmal galt diese Geste der Estnischen Provisorischen Regierung. Solch eine Ermutigung wurde Lettland während des Ersten Weltkrieges nicht

⁷ Siehe näher Hovi, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 113-118.

zuteil, wahrscheinlich, weil das Land von den Deutschen besetzt war und von seinen Unabhängigkeitsbemühungen nichts bis nach Paris durchdrang. Für Litauen kamen derartige diplomatische Ermunterungen seitens der Franzosen schon gar nicht in Frage, weil hier die Unabhängigkeit nur in einer im Rahmen gegenseitiger Absprachen mit Deutschland ausgehandelt werden konnte.⁸ Das Ziel der französischen Regierung war die diplomatische Unterstützung der Esten in ihrem Antagonismus den Deutschen gegenüber, bis die Pariser Friedenskonferenz in der russischen Frage eine endgültige Entscheidung getroffen haben würde.

Gleich nach dem Abschluss des Waffenstillstands in Compiègne zogen sich die deutschen Truppen aus Estland zurück, die letzte Etappe des Estnischen Freiheitskriegs endete an der Ostfront gegen Sowjet-Russland mit dem Frieden von Tartu Anfang 1920. In Lettland und Litauen hielten sich die deutschen Truppen zwar noch länger, doch zogen sie sich Ende 1919 aus dem ganzen Baltikum zurück. Auch die Rote Armee verließ die Region im Frühjahr und Sommer 1920. Den baltischen Staaten gelang es damals, günstige Friedensverträge mit Sowjet-Russland zu schließen; Lettland erreichte auch einen Friedensschluss mit Deutschland. Riga hatte seine Unabhängigkeit am 18. November 1918 erklärt, doch hatte es die Pariser Regierung nicht eilig mit der Anerkennung des Landes. Für sie war es immer noch am wichtigsten, das „Eine und Unteilbare Russland“ für den Fall abzusichern, dass die weißen Russen siegen und die früheren Beziehungen zwischen den Kriegsverbündeten wiederhergestellt werden würden. Allerdings mussten zunächst zahlreiche praktische Fragen gelöst werden. Die Regierung Frankreichs erteilte daher Lettland und Litauen am 28. April bzw. 11. Mai 1919 eine De facto-Anerkennung.⁹

Die baltischen Staaten hatten somit zwar endlich Frieden, aber ihr anderes großes Ziel blieb unerreicht: die De jure-Anerkennung seitens der Entente. Sie hatten sich gegenseitig anerkannt, auch hatte Finnland Estland am 7. Juni 1920 anerkannt, doch blieb die erhoffte Geste seitens der Siegermächte aus. Die britische Regierung erwog zwar im Frühjahr 1920 die Anerkennung Litauens, um das Land gegen Polen und das hinter Warschaws Rücken um seinen Einfluss bemühte Frankreich zu unterstützen, zog sich aber letzten Endes doch zurück. Die Briten fürchteten eine mögliche Kettenreaktion, die nach der Anerkennung eintreten könnte. Ein diplomatisch anerkannter Kleinstaat hätte in den Völkerbund aufgenommen werden müssen, womit freilich auch die Verantwortung für seine Verteidigung verbunden gewesen wäre. Italien äußerte

⁸ Zu Litauen vgl. JOACHIM TAUBER: *Stubborn Collaborators: the Politics of the Lithuanian Taryba, 1917–1918*, in: *Journal of Baltic Studies* 37 (2006), S. 194–209. (Anm. der Redaktion.)

⁹ JULIEN GUESLIN: *La France et les pays baltes de 1918 à 1923. Mémoire de maîtrise*. Université de Paris I., Sorbonne 1996, S. 138.

ebenfalls seine Bereitschaft, alle baltischen Staaten anzuerkennen, doch wollte Rom nicht allein handeln.

Doch dann änderte Frankreich seine Position plötzlich und setzte auf der Entente-Konferenz am 26. Januar 1921 die gemeinsame De jure-Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands, Estlands und Georgiens durch. Dieses auf den ersten Blick überraschende Engagement Frankreichs hat in der Forschung durchaus Aufmerksamkeit erregt. Alle bekannteren Kommentatoren haben nach einer Erklärung für den Wandel in der französischen Russlandpolitik gesucht. General Wrangels Niederlage im Russischen Bürgerkrieg im Spätsommer 1920 ist in der Tat ein einleuchtender Grund gewesen. Mit ihm hatte der letzte nennenswerte General unter den weißen Russen das Spiel verloren. Spätestens Ende November wurde der französischen Regierung dann klar, dass es von nun an nicht mehr lohnte, auf einen Sieg der Weißen zu setzen.¹⁰ Schon allein dies war Grund genug, um in altbewährter Weise eine radikale Entscheidung zu treffen, wobei es auch sein kann, dass die französische Regierung entschieden hatte, die Konferenz der Entente-Regierungen vom 24. bis 29. Januar 1921 abzuwarten, zumal auch ein Regierungswechsel bevorstand.

Es gab allerdings auch andere Gründe. Frankreich hatte angefangen, die Front seiner Verbündeten enger zusammenzuschließen. Am 7. September 1920 wurde ein Verteidigungsvertrag mit Belgien geschlossen. Seitdem Polen im Krieg gegen Sowjet-Russland zur Freude der französischen Regierung endlich seine Stärke gezeigt hatte, fing Paris an, ein Bündnis mit Polen zu erwägen. Ein vielfältiges Bündnispaket wurde ab Februar 1921 fertig gestellt. Dazu gehörten ein politischer Vertrag vom 19. Februar, ein Verteidigungsvertrag vom 21. Februar 1921 und schließlich ein Handelsvertrag vom 20. Juni 1922. Es war charakteristisch für das Defensivbündnis, dass für den Fall eines Konflikts mit dem Deutschen Reich die Vertragsbedingungen automatisch eine Kooperation vorsahen. Im Falle eines Konflikts mit Sowjet-Russland hingegen war Frankreich nur zu prophylaktischen Unterstützungsmaßnahmen gegenüber Polen verpflichtet.¹¹ Diese neu entstandenen Bündnisbeziehungen setzten zugleich voraus, dass Polen die Reihen der französischen Verbündeten dadurch ergänzen sollte, dass es Bündnisverträge einerseits mit den baltischen Staaten und Finnland und andererseits mit der Tschechoslowakei und Rumänien abschließen sollte. Tatsächlich wurde schon am 3. März 1921 ein Verteidigungsvertrag zwischen Polen und Rumänien unterzeichnet.

Nördlich von Polen war bereits auf eigene Initiative eine Zusammenarbeit zwischen den Grenzstaaten in Gang gekommen, der sich nun auch Polen anschloss. Warschaus Ziele hierbei trugen jedoch einen anderen

¹⁰ Rundtelegramme von Leygues, 8. und 22.11.1920. Service Historique d'Armée de Terre (künftig: SHAT), Vincennes. Série 6 N 292.

¹¹ Siehe näher Hovi, *Alliance de revers*, S. 102-110.

Charakter als die ins Auge gefasste Kooperation der übrigen Grenzstaaten. Polen strebte eine Konföderation mit Litauen auf der Grundlage der gemeinsamen historischen Erfahrung als Großmacht an. Es versuchte, die litauische Regierung mit durchaus unterschiedlichen Strategien zu gewinnen, mal mit Lockungen, mal mit Zwang. Schließlich besetzte der polnische General Żeligowski sogar Litauens historische Hauptstadt Vilnius (poln. Wilno), um es dadurch in eine gemeinsame Konföderation zu zwingen. Das nationale Erwachen Litauens war seinerseits jedoch hauptsächlich gegen den historischen Konföderationspartner Polen gerichtet gewesen, und es erwies sich als unmöglich, seinen Widerstand zu brechen und es zur Anerkennung der polnischen Übermacht zu zwingen. Die Reaktion Litauens auf die Besetzung des Wilna-Gebiets war der Abbruch jeglicher Beziehungen mit Warschau. Litauen sah sich im Kriegszustand mit Polen und nahm an den Konferenzen der Grenzstaaten nicht teil, wenn auch eine polnische Delegation anwesend war.

Um Litauen zu umgehen und es auf andere Weise für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, näherte sich Warschau den Staaten weiter im Norden an, darunter besonders an Lettland. Die guten Beziehungen Rigas zu den Litauern waren allgemein bekannt. Trotzdem gelang es auch mit Hilfe Lettlands und der anderen Grenzstaaten nicht, Litauen auf solch eine Weise in eine Zusammenarbeit einzubinden, wie Polen es geplant hatte. Obwohl Warschau den lettischen Wünschen entgegenkam und die Rigaer Regierung am 6. Oktober 1919 *de facto* anerkannte, und es beim Zurückdrängen der Roten Armee aus Lettland mitgeholfen hatte, gelang es ihm nicht, seine Hegemonieansprüche den Letten gegenüber zu verheimlichen.

Lettgallen, der südwestliche Teil Lettlands, hatte in der Vergangenheit dem polnischen Großreich angehört. Dessen Erbe bestand in einer zahlreichen polnischen Minderheit, die zumeist aus Großgrundbesitzern und Angehörigen der lokalen Eliten bestand. Die polnische Regierung begann, für diese Gruppe Sonderrechte zu verlangen, besonders in Bezug auf eine Befreiung von der allgemeinen Bodenreform. Außerdem benötigte Polen sichere Häfen. Denn während des Sowjetisch-Polnischen Krieges war deutlich geworden, dass die deutsche Bevölkerung von Danzig (poln. Gdańsk) in der Lage war, im Falle eines Konflikts den einzigen Zugang Polens zur Ostsee zu sperren. Das in Warschau als ein Verbündeter angesehenes Lettland dagegen besaß mit Riga und Liepāja gute Häfen, die auch über eine geeignete Bahnverbindung verfügten. Die polnische Regierung verlangte nun den Hafen von Liepāja für 99 Jahre als exterritoriales Gebiet, gesichert durch eine polnische Garnison.

Dies wiederum ließ die lettische Regierung das Schlimmste befürchten, zumal General Żeligowski, der im Spätherbst 1920 das Wilna-Gebiet besetzt hatte, nun begann, seinen Eroberungszug in Richtung der lettischen Grenze auszuweiten. Außerdem stellte sich heraus, dass die pol-

nische Regierung versucht hatte, Konzessionen zu erpressen, indem sie die Aufnahme Lettlands in den Völkerbund verhindert und die De jure-Anerkennung Rigas verzögert hatte. Als jedoch die Siegermächte sich 1921 endlich anschickten, Lettland die Anerkennung zu erteilen, hatte es der polnische Gesandte plötzlich eilig. Die zerknitterte Anerkennungs-urkunde war, wie sich nun herausstellte, bereits im Sommer 1920 mit Jahreszahl ausgestellt worden. Es blieb dem Gesandten nichts anderes übrig, als den letzten Tag des Jahres als Datum einzutragen, was peinlicher-weise natürlich sofort herauskam.

Aufgrund der kaum verhüllten imperialistischen Intentionen Warschaus und der Trickserei mit der diplomatischen Anerkennung wies Lettland alle von ihm verlangten Zugeständnisse bezüglich der lettischen Häfen zurück und begann, Litauen in der Wilna-Frage öffentlich zu unterstützen. Weil Riga auch die Pariser Regierung dafür verantwortlich machte, dass es nicht in den Völkerbund aufgenommen wurde, mussten die Franzosen die Letten mehrfach beruhigen, um von dem Bündnisprojekt mit Polen zu retten, was noch zu retten war. Konsequenz setzte Frankreich schließlich die De jure-Anerkennung Lettlands durch; Estland wurde dann aufgrund seiner ähnlichen internationalen Position gleich miteinbezogen.¹² Die zur selben Zeit beabsichtigte Anerkennung Georgiens wurde hingegen nur bedingt erteilt; man verlangte von den georgischen Vertretern in erster Linie zu erfahren, ob ihr Staat überhaupt gewillt und fähig sei, die diplomatische Anerkennung entgegenzunehmen.¹³

Die Entscheidung Frankreichs, Lettland und Estland diplomatisch anzuerkennen, war verbunden mit der Ära der französischen Großmacht-politik. Nachdem Paris die gewünschten Friedensbedingungen nicht hatte erreichen können, baute es seine Zukunft auf die eigene Groß-machtrolle, auf die wortwörtliche Interpretation des Friedensvertrages und auf die stabilen Beziehungen mit seinen übrig gebliebenen Ver-bündeten. Paris wachte streng über den Friedensvertrag und erwiderte seine Verletzung mit Sanktionen, indem es immer wichtigere Gebiete Deutschlands besetzte. Ausdruck dieser Machtpolitik war auch die Tat-sache, dass Frankreich bereit war, in Reaktion auf eine besonders dras-tische Verletzung des Vertragswerks mit 60–90 Divisionen auf Berlin zu marschieren.¹⁴

¹² Ebenda, S. 115–119; KALERVO HOVI: Interessensphären im Baltikum. Finnland im Rahmen der Ostpolitik Polens 1919–1922, Helsinki 1984 (Studia Historica, 13), S. 75–80, 114–120.

¹³ Rundtelegramm von Peretti, 26.1.1921. SHAT 292.

¹⁴ CLEMENS A. WURM: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umo-rierung 1924–1927, Frankfurt am Main 1979 (Europäische Hochschulschriften, R III. B 115), S. 311–315, siehe auch JEAN DOISE/MAURICE VAÏSSE: Diplomatie et outil militaire 1871–1991, Paris 1992, S. 328–340.

Nach der Besetzung des Ruhrgebiets kam diese Form der Machtpolitik jedoch zu ihrem zwingenden Ende. Die Anwendung von Gewalt wurde von der Weltöffentlichkeit scharf verurteilt. Deutschland antwortete auf die Besetzung mit passivem Widerstand und entfesselte so die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs verborgen gehaltene Inflation. Die Besetzung des Ruhrgebiets überspannte aber auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten Frankreichs. Auch hier nahm die Inflation zu, so dass Paris 1924 nicht mehr in der Lage war, seine Bündnispflichten zu erfüllen, vor allem in Bezug auf die Kredite für die Aufrüstung der Länder Osteuropas.

Auch die zahlenmäßige Stärke der Armee wurde nun gesenkt und die Unterhaltskosten verringert. Der mit großen Nachschubproblemen kämpfende General Duval merkte verbittert an, dass allein die Pferde der französischen Armee mehr Futterten als es die Vorsorge des Staates eigentlich erlaubte.¹⁵ Die Armee hatte Angst, ihre Sonderstellung als wichtigstes Mittel der französischen Außenpolitik zu verlieren. Allerdings verringerte der sich im Lande ausbreitende Pazifismus den Einfluss des Militärs ebenfalls.

Am bedeutsamsten war allerdings die Tatsache, dass auch die verteidigungspolitische Doktrin Frankreichs in Gefahr geriet. Das Land unterhielt nach dem Ersten Weltkrieg eine riesige Armee, und der Generalstab konnte noch 1922 damit rechnen, dass ihm zum Niederhalten Deutschlands bei Bedarf jene erwähnten 60-90 Divisionen zur Verfügung stünden. Im Laufe des Jahres 1925 erhielt aber schließlich die Überzeugung die Oberhand bei der militärischen Planung, dass Frankreich nicht in der Lage war, mit Hilfe seiner Waffen Deutschland im Zaum zu halten. Im Falle eines Kriegsausbruchs könne es höchstens 45 Divisionen in den Kampf schicken, wobei nur 30-35 von ihnen ordentlich ausgerüstet werden könnten. Man ging gleichzeitig davon aus, dass die deutsche Reichswehr trotz der Entmilitarisierung fast dieselbe Stärke aufzubieten in der Lage sei und nach einer allgemeinen Mobilisation sogar noch mehr. Aufgrund seiner kraftvolleren Industrie könnte es dann den Krieg auch gewinnen.

Die französische Regierung zog daraus den Schluss, dass nun die Diplomatie wichtiger sei denn je. Um seine Sicherheit zu gewährleisten, musste Frankreich auf den Völkerbund, auf Großbritannien und Italien setzen.¹⁶ Das Ergebnis dieser Neuausrichtung der Außenpolitik war der Bau der Marginot-Linie an der Ostgrenze Frankreichs. Damit sollte den französischen Truppen im Falle eines Krieges die Möglichkeit gegeben werden, sich dahinter zurückzuziehen, um die Hilfe Englands oder anderer Verbündeter abzuwarten.

¹⁵ Le Matin, 21.10.1920.

¹⁶ Siehe näher WURM, Die französische Sicherheitspolitik (wie Anm. 14), S. 298-315.

Da Frankreichs Außenpolitik auf dem Völkerbund basierte, benötigte es auch dort treue Verbündete. Schon Anfang 1924, noch unter der Rechtsregierung, die ansonsten eher traditionelle Großmachtpolitik betrieb, fing Paris an, eine solche *groupe homologue* zu bilden. Man setzte sich zum Ziel, die Grundsätze der Defensivbündnisse abzumildern, d.h. sie nicht mehr auf den Konflikt mit einem bestimmten Staat hin zu formulieren, und nur noch solche Bündnis- und Freundschaftsverträge zu schließen, die in den friedlichen Kooperationsrahmen passten, den der Völkerbund vorgab.

Beim Abschluss des ersten neuartigen Vertrags war die Komponente des Zwangs für Frankreich jedoch noch deutlich zu erkennen. Im Nachklang der Ruhrgebietsbesetzung versuchte Paris einen Verteidigungsvertrag nach polnischem Vorbild auch mit der Tschechoslowakei abzuschließen. Die Tschechen jedoch waren nicht gewillt, ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis einzugehen; von der Sowjetunion war im Vorschlag der Franzosen schon keine Rede mehr. Allerdings spürte die französische Regierung nun, welche Vorteile ein unverbindlicher Kooperations- und Freundschaftsvertrag bringen könnte, und akzeptierte den Vorschlag Prags, das Bündnis nicht gegen Dritte zu richten. Schließlich wurde am 25. Januar 1924 ein französisch-tschechischer Bündnis- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Für alle Fälle wurde dem Vertrag ein geheimer Notenwechsel beigefügt, der für den Ernstfall eine Kooperation der Generalstäbe vorsah.

Frankreich schloss ähnliche Verträge auch mit Rumänien und Jugoslawien ab. Obwohl diese erst etwas später unterschrieben wurden, waren auch sie schon in ihren Grundzügen im Januar und Februar 1924 festgelegt worden. So ergab sich die Wende in der französischen Außenpolitik nicht erst aus den Wahlen im Mai 1924, sondern hatte tiefere mentale Gründe. Der Vertragsabschluss mit Rumänien verzögerte sich, weil Frankreich strikt gegen dessen Forderung war, Bessarabien Garantien für den Fall eines sowjetischen Angriffs zu geben. In den Vertragsabschluss mit Jugoslawien mischte sich Italien ein, das sich wiederholt als dritten Vertragspartner ins Spiel brachte. Trotz der Konkurrenz um das Donaugebiet war Italien für Frankreich aber doch so wichtig, dass Paris in erster Linie bestrebt war, auf die italienische Karte zu setzen. Der Bündnis- und Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Rumänien wurde am 10. Juni 1926 abgeschlossen, der Vertrag mit Jugoslawien folgte am 11. November 1927. Beide Verträge wurden ergänzt durch einen geheimen Notenwechsel über die Kooperation der Generalstäbe im Bedarfsfall.

Da sich der Charakter der französischen Außenpolitik im Vergleich zu den vom Geist der Großmachtpläne gekennzeichneten Jahren in der Tat verändert hatte, wäre eigentlich auch eine Lockerung der französisch-polnischen Vertragsbestimmungen infrage gekommen. 1924 bemühte sich Paris auch darum, indem es Polen an die Kleine Entente anzunäh-

ern versuchte. Im Sommer nahm der französische Generalstab dann Verhandlungen auf, um die bindenden Klauseln des Bündnisvertrags aufzuheben. Man wollte vor allem jeden Hinweis darauf streichen, dass der Vertrag gegen Deutschland und die Sowjetunion gerichtet sei; Paris wollte auch seine Beziehungen mit Warschau auf die Grundlage eines allgemeinen Kooperationsvertrags stellen.¹⁷ Damit waren die Polen allerdings nicht einverstanden und wollten alle militärischen Verpflichtungen so belassen. Das alte Vertragspaket blieb dann tatsächlich bis zum Herbst 1939 gültig. Zwar haben die Grenzverträge von Locarno die Bündnisverträge Polens nicht direkt geschwächt, doch wurden die Beziehungen aufgrund der eindeutigen Bindung Frankreichs an das Vertragsystem des Völkerbunds gestört. Im Mai 1926 riss schließlich Marschall Piłsudski die Macht an sich und führte die polnische Außenpolitik ohnehin in mehr und mehr eigenständige Gewässer.

In der Ära seiner Großmachtspolitik hatte sich Frankreich stark an Warschau gebunden und die Vereinigung Litauens mit Polen unterstützt. Als es sich in seiner Außenpolitik aber am Völkerbund auszurichten begann, war Polens Macht nicht mehr so wichtig für Frankreich, schon weil auf den Völkerbundversammlungen nicht gruppenweise abgestimmt wurde, sondern jeder Staat seine eigene Stimme hatte. Somit wuchs die Bedeutung Litauens, weil es die Gruppe der Länder hätte verstärken können, die entsprechend den Pariser Interessen abstimmten. Schon früher hatte man ja die Hoffnung gehegt, dass Polen das Pariser Bündnisssystem durch Vertragsbeziehungen im Norden und Süden erweitern möge. Bis dahin hatte Frankreich seine *groupe homologue* aus der Kleinen Entente und Polen zusammengestellt. Es stellt sich die Frage, ob es in der Pariser Politik auch Platz für ähnliche Tendenzen in Baltikum gab, also für eine baltische Parallele?

Auf der Ebene von manchen Wunschvorstellungen und bloßer Rhetorik gab es im französischen außenpolitischen Apparat gewiss Anhaltspunkte für die Relevanz einer solchen baltischen Parallele. Die Ministerpräsidenten Raymond Poincaré und (seit Mai 1924) Edouard Herriot, der Leiter der politischen Abteilung Emanuel Peretti de la Rocca, der Leiter der Europaabteilung Jules Laroche und die entsprechenden Botschafter diskutierten regelmäßig die Möglichkeit, ein Bündnis mit Finnland, den baltischen Ländern und Polen zu organisieren. Eine direkte Initiative für ein solches Bündnis ging von den Franzosen allerdings nicht aus, obgleich einige kleinere Schritte in diese Richtung zu verzeichnen waren. Um alte Konflikte zu bereinigen, wurde ein Zugeständnis von Polen erreicht: 1922 tauschte es seinen Botschafter in Riga aus, der eini-

¹⁷ KALERVO HOVI: Der Umbruch der französischen Allianzpolitik in Ostmitteleuropa 1924–1927. Eine Wende der Mentalität?, in: Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, hrsg. von WOLFGANG ELZ, SÖNKE NEITZEL, Paderborn 2003, S. 286–289.

gen Unmut erregt hatte, woraufhin sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern entspannten.¹⁸

Estland und Lettland haben schließlich am 1. November 1923 ein Verteidigungsbündnis abgeschlossen. Es war zwar nicht das Verdienst Frankreichs, entsprach jedoch völlig den Pariser Zielen. Eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der beiden Nachbarstaaten kam Frankreich zugute. Im Mai 1923 reiste der estnische Außenminister Aleksander Hellat mit Unterstützung des lettischen Außenministers Zigfrīds Anna Meierovics' in die litauische Hauptstadt Kaunas, um die dortige Regierung „zur Vernunft zu bringen“. Er gab bekannt, dass Estland und Lettland ihre guten Beziehungen zu Litauen wahren wollten, dies jedoch nicht auf Kosten der vortrefflichen Beziehungen mit Polen: Das Bündnis der Grenzstaaten dürfe nicht gegen Polen gerichtet sein. Angesichts der potentiellen Gefahren für die Region rief Hellat seine die litauische Politik zur Zusammenarbeit mit ihren nördlichen und südlichen Nachbarn auf.¹⁹

Das war in französischen Augen eine willkommene Initiative, die im Außenministerium freudig begrüßt wurde. Man hatte sich ernsthaft Sorgen wegen der komplett abgebrochenen Beziehungen zwischen Polen und Litauen gemacht. Paris hatte beiden Ländern schon immer empfohlen, sich zu versöhnen, dieser Rat blieb jedoch ohne Resultat, solange Frankreich öffentlich eine Vereinigung Litauens mit Polen befürwortete. Ebenso wenig Erfolg hatten Mahnungen an Polen. Im Sommer 1922 stellte die französische Regierung schließlich fest, dass es keinen Fortschritt geben werde, solange man Litauen die De jure-Anerkennung verweigert und Kaunas nicht dazu bringt, Warschau gegenüber eine tolerantere Haltung einzunehmen. Tatsächlich erreichte Paris am 20. Dezember 1922 die Zustimmung der übrigen Siegermächte für eine gemeinsame Anerkennung Litauens.²⁰

Die Aufrufe zur Versöhnung setzten sich in den folgenden Jahren fort. Der litauische Botschafter in Paris, Oscar Vladislas de Lubicz Milosz (Oskaras Milašius), erfuhr aus den regelmäßigen Besprechungen mit dem Beamten des Quai d'Orsay, dass Frankreich seine *groupe homologue* in Baltikum stärken wollte. Die unmittelbare Voraussetzung hierfür war die Versöhnung zwischen Polen und Litauen. Die Franzosen versuchten Milosz davon zu überzeugen, dass die Besetzung des Wilna-Gebiets nicht unbedingt heißen müsse, dass Litauen und Polen keine pragmatischen Beziehungen miteinander pflegen. Denn auch Paris habe ja während der 50 Jahre währenden Besetzung von Elsass-Lothringen

¹⁸ Martel aus Riga an Poincaré, 14.1.1922. AMAE Lettonie 5.

¹⁹ Padovani aus Kaunas, 22.5.1923. AMAE Lituanie 26.

²⁰ Poincaré an Panafieu nach Warschau, 28.7.1922. AMAE Pologne 73; Rundtelegramm von Poincaré, 20.12.1922. AMAE Lituanie 26.

die Beziehungen mit Berlin nicht abgebrochen.²¹ Diese Argumentation hatte zwar die Logik auf ihrer Seite, doch war sie vor dem Hintergrund der litauischen Ressentiments aussichtslos.

Dieser diplomatische Doppelknoten schien sich schließlich mithilfe der Memel-Frage lösen zu lassen: Frankreich akzeptierte die Besetzung des Memellands durch Litauen Anfang 1923 und protestierte nur in recht zurückhaltender Form. In Paris hoffte man jetzt, die *polnische* Besetzung des Wilna-Gebiets gegen die *litauische* Besetzung des Memel-Gebiets aufrechnen zu können. Die Franzosen gingen davon aus, dass sich Litauen mit dem Memelstatut zufrieden geben würde, womit die Region im Frühjahr 1924 zum litauischen Territorium erklärt wurde. Ein Jahr später erklärte Kaunas sich auch bereit, zusammen mit Polen an einer „technischen“ Beratung teilzunehmen, in der das Flößen auf der Memel besprochen werden sollte. In seiner Freude darüber, dass Polen und Litauer sich nun an einem Verhandlungstisch gegenübermaßen, schrieb der französische Außenminister Aristide Briand der litauischen Regierung am 31. August 1925 einen Brief, in dem er den Wusch äußerte, dass Litauen und Polen nun in „eine neue Epoche eintreten“ und normale Beziehungen knüpfen könnten.²²

Trotz des Optimismus nach den Locarno-Verträgen gelang es der französischen Regierung allerdings nicht, Litauen zum Beitritt in die *groupe homologue* zu bewegen. 1926/27 fand in Litauen ein Staatsstreich statt und das Land neigte nun deutlicher als zuvor einem Ausgleich mit Deutschland und der Sowjetunion zu. Allerdings brachte der Staatsstreich in Litauen eine gewisse Klarheit in die polnisch-litauischen Beziehungen. Marschall Pilsudski nahm im Dezember 1927 persönlich an einer Völkerbundsitzung teil und stellte mit Nachdruck die Frage, ob zwischen Polen und Litauen Krieg oder Frieden sei. Daraufhin war der litauische Vertreter gezwungen zu antworten, dass Frieden herrsche.²³

Solange die litauische Position kompromisslos blieb, richtete Frankreich seinen Blick wiederum auf andere Grenzstaaten. Schon der gemeinsame Versuch Estlands und Lettlands, Litauen „zur Vernunft zu bringen“ war mit Freude begrüßt worden. Besonders große Hoffnungen knüpften sich an die Ernennung von Kaarel Robert Pusta zum Außenminister Estlands 1924. Pusta war in Frankreich *persona gratissima*, weil er es war, der 1918 die Bitte Estlands um Anerkennung eingereicht hatte und danach als estnischer Gesandter in Paris akkreditiert war. Man hoffte, dass er

²¹ Milosz-Milasius aus Paris an Galvanauskas, 23.4 und 9.6.1924. Lietuvos Centrinis Valstybės Archyvas, Vilnius. Paryžius 1924. Die Berichte des international erfahrenen Lubec-Milosz-Milasius, der längere Zeit in Paris studiert hatte, sind leicht zugänglich, weil er auf Französisch schrieb.

²² Siehe ALFRED ERICH SENN: *The Great Powers, Lithuania and the Vilna Question 1920–1928*, Leiden 1966 (Studies in East Central Europe, XI), S. 122–129, 140, 146.

²³ Ebenda, S. 196–197.

dabei behilflich sein könnte, eine auf Frankreich orientierte Außenpolitik in den Grenzstaaten mit zu gestalten. Aus demselben Grund setzte man auch große Hoffnungen in die Grenzstaatenkonferenz im Januar 1925 in Helsinki. Von Finnland, Estland, Lettland und Polen wurden konkrete Ergebnisse erwartet, d.h. internationale Schiedsabkommen und Vereinbarungen über die Kooperation der Generalstäbe. Zum Teil haben sich diese Hoffnungen auch realisieren lassen.²⁴

Allerdings beließ es Frankreich auch diesmal bei moralischer Unterstützung, es erweckte bestimmte Hoffnungen und spornte die Verhandlungspartner an. Mehr war allerdings im Grunde auch nicht nötig, da Finnland, Estland, Lettland und Polen das von Frankreich vorgeschlagene kollektive Sicherheitssystem und Schiedsverfahren bei der Abstimmung im Völkerbund unterstützten. Andererseits hat man in Frankreich die Situation in Osteuropa wohl nicht immer ganz verstanden und wohl auch die Mentalität der politischen Partner nicht so ganz einschätzen können. Die Franzosen scheinen zuweilen einfach erwartet zu haben, dass die Osteuropäer auf genau die Art und Weise ihre eigenen Interessen umsetzen würden, wie man es in Paris voraussetzte.²⁵

SUMMARY

The Shift of the Emphasis in French Baltic Policy during the 1920's

In early spring 1918 the only sign of a possible resistance to German occupation and expansion in the vast area of the former Russian borderlands was the Estonian movement of independence. The French government was ready to recognize Estonian independence *de facto* in order to encourage the Estonians in their resistance to the German occupation. So the first *de facto* recognition was given to the Estonian Constituent Assembly on 1st of March 1918. When it was realized that the Constituent Assembly could not meet, a new recognition was given to the Estonian Diet on the 13th of May. On the 6th November the French government once more corrected the *de facto* recognition that concerned this time the Estonian Provisional Government.

France did not consent to *de jure* recognition until January 1921. By then the Soviet government seemed to be victorious in the Russian civil war

²⁴ Rundtelegramm von Laroche, 24.2.1925. AMAE Esthonie 5.

²⁵ Siehe näher KALERVO HOVI: Ranska ja Itä-Euroopan toiseus 1917–1927. [Frankreich und das osteuropäische „Andere“], in: Mielikuvien maanosat [Die Kontinente der Imagination]. Festschrift für Olavi K. Fält, hrsg. von KARI ALENUS, SEIJA JALAGIN, MARKKU MÄKIVUOTI, SINIKKA WUNSCH, Oulu 2006, S. 123–130.

and there was no actual possibility for a Russia led by White politicians whatsoever. Furthermore, France was building her alliance policy on the Polish pillar. A Franco-Polish political and military treaty was signed in February 1921, and the French government expected that Poland would extend the system of alliances by her own treaties.

At the end of 1920, however, Poland encountered difficulties with her northern neighbours, not only with Lithuania but also with Latvia. The biggest obstacles were Polish demands of extraterritorial rights in Latvian harbours, above all in Liepāja, which fostered Latvian fears of Polish imperialism that had been showing itself in the Vilnius area a few months before. In the French perspective it was necessary that Poland would build her alliances with the Baltic countries through giving encouragement to the Latvians. So the French took the initiative to recognize Latvia on the 27th of January 1921 *de jure*. Basically because of the analogous international situation the recognition was extended to Estonia, too.

In 1922 the French government decided that it was time to settle the crucial differences between Poland and Lithuania. Thus Paris took the initiative to recognize Lithuania *de jure* in December 1922. It wanted to dispel Lithuanian misgivings about the Vilnius-case and continued her efforts until 1927 but in vain. However, Estonian and Latvian efforts in the same direction were approved, and a Polish-Latvian-Estonian-Finnish treaty on arbitration signed in 1925 was interpreted as fulfilment of the French policy.